

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10597 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
E-Mail: 1005 1000/Kto. Nr. 0210 78

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 20, 2. Oktober 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Jüdische Nachbarn

Von Ralf Bachmann

Von einer „Renaissance des Judentums in Deutschland“ sprach der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, nach dem Staatsvertrag mit der Bundesrepublik hoffnungsvoll. Die Bundesregierung erkenne an, dass es in Deutschland wieder ein aktives jüdisches Leben gibt. Es ist ein Leben mit Besonderheiten. Die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinden hat 100 000 erreicht, ein bemerkenswerter Stand, selbst wenn es bis 1933 allein in Berlin 173 000 waren. Auch wenn bei weitem nicht alle deutschen Juden den Gemeinden angehören, bleiben sie eine kleine Minderheit von etwa 0,2 Prozent. Geht man freilich von der öffentlichen Wahrnehmung aus, erscheint der Prozentsatz viel höher.

Das Medienecho auf jede jüdische Äußerung ist gewaltig. Die Repräsentanten der deutschen Juden sehen die große Aufmerksamkeit und gewisse Züge eines folkloristisch geprägten oder schuldbewusst-anbiedernden Philosemitismus mit gemischten Gefühlen, weil dadurch die Normalisierung des Themas nicht weniger erschwert wird als durch die Schatten der Vergangenheit. Normal wäre, wenn ein jüdischer Nachbar nicht mehr Aufsehen erregt als jeder andere. „Juden sind nicht besser oder schlechter als andere, betont Hermann Simon, Direktor des Centrums Judaicum. „Insofern haben wir die gleichen Probleme wie die anderen auch.“

Die normale Integration in die Gesellschaft ist für Juden in Deutschland umso wichtiger, da sie komplizierte innere Probleme lösen müssen. Über 70 Prozent der Gemeindemitglieder sind seit 1990 aus der früheren Sowjetunion gekommen. Zur Integration gehört die Überwindung von Sprachproblemen, Hilfe bei der Existenzgründung, aber oft auch die Vermittlung jüdischen Elementarwissens. Das Ergebnis der Integration wird nach Meinung von Julius Schoeps, Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums, nicht die Wiedergeburt des jüdischen Lebens von vor 1933 sein, sondern „ein anderes Judentum als das, was wir bisher kannten“.

Spendable Gönner

Rechtsextreme werden bei ihren Hauskäufen häufig von vermögenden Privatiers finanziell unterstützt.

Seite 2 ■

Unerwünschter Zuzug

Zahlreiche Neonazikader haben sich in der mecklenburgischen Provinz niedergelassen.

Seite 4 ■

NS-Programmatik

Die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer will mit eisernem Besen „säubern“.

Seite 5 ■

Wallfahrtstouren

US-amerikanischer Wehrmachtsfan organisiert Reisen für Dritte-Reich-Fetischisten.

Seite 6 ■

Augen aufmachen

Zivilgesellschaftliche Initiative in der Oberlausitz tritt mit Erfolg der rechten Alltagskultur in der Region entgegen.

Seite 7 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Noble Mäzene**

Rechtsextremisten wurden in letzter Zeit wiederholt zu Hausbesitzern. Das nötige Geld dazu erhalten sie auch schon mal aus der Schatulle von vermögenden Privatiers.

Die Erlebnisgeneration der Rechten stirbt langsam aus. Viele der unbelehrbaren Hitler-Anhänger sind gerade im verhassten „Siegerregime“ zu Geld gekommen. Dieses Vermögen stellen sie immer häufiger lieber der „nationalen Sache“ zur Verfügung, als der eigenen Familie. So warb auch die NPD um Erbschaften mit den Sätzen: „Da wir alle einmal zur Großen Armee abberufen werden, empfiehlt es sich, rechtzeitig an alles zu denken, auch daran, dass man seine Verbundenheit mit unserer Gesinnungsgemeinschaft über den Tod hinaus auf diese Weise unterstreicht.“

Der unlängst verstorbene Architekt und Rentner Carl-Arthur Bühring kaufte der Bundesführung der NPD das Haus in Berlin-Köpenick in der Seelenbinderstraße, in dem sich jetzt die Bundeszentrale der Partei befindet. Die ältere NPD-Anhängerin Gisela Robel-Pitzner aus Waldeck soll der rechtsextremen Partei bereits 1985 ihr Ferienhaus in Iseo in Norditalien geschenkt haben. Dort führten Parteikader wie Steffen Hupka lange Zeit Schulungen durch. Ein weiteres Haus der rechten Dame in Bromkirchen konnte die NPD lange Jahre kostenlos nutzen. Die ehemalige BDM-Führerin Gertrud Herr aus Hamburg-Blankenese vermachte noch zu Lebzeiten einen großen Teil ihres Vermögens ihrem „politischen Ziehsohn“, dem Hamburger Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger.

Rolf Hanno, 1919 in Hamburg geboren, war als Soldat in einem Nachrichtenersatzbataillon im Osten eingesetzt. Im April 1943 wurde er verwundet und im Juni 1943 verlieren sich seine Spuren in den Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin. Später gehörte dieser Hanno, nach eigenen Angaben, zu den Gründungsmitgliedern der rechtsextremen NPD, Kreisverband Hamburg-Wandsbek. Einige Zeit später kehrte der alte Nachrichtendienstler der Bundesrepublik den Rücken und siedelte sich in Spanien an. In Marbella machte er als nichtstudierter Architekt Karriere und wurde zum Besitzer etlicher Ferienapartments. Wenn

er seine Heimat besucht, dann kommt der weit über 80-Jährige mit seinem Audi 100 Turbo Diesel, oftmals mit der Reichskriegsflagge im Heck. Lange Zeit litt der stramme Altnazi darunter, keinen Stammfolger zu haben, seine drei Töchter sind ihm nicht genug. Jetzt hat Rolf Hanno auch einen „Ziehsohn“ gefunden: Steffen Hupka, Neonazi-Führer und rechter Querulant aus Quedlinburg.

Hupka suchte händeringend Geldgeber für sein ehrgeiziges Schlossprojekt im kleinen Dörfchen Trebnitz bei Bernburg in Sachsen-Anhalt, heißt es. Der Hamburger Neonazi Rieger habe abgewunken und dann Rolf Hanno als Sponsor vorgeschlagen. Man verstand sich sofort. Böse Zungen behaupten, Hanno wolle sich mit dem Schlossprojekt „Nationales Schulungszentrum Mitteldeutschland“ ein Denkmal setzen, und Steffen Hupka hat einen Geldesel gefunden, dem er die Euros nur in Tausendern aus der Tasche zieht. Sein heruntergekommenes Wohnhaus in Timmenrode im Harz wird zur Zeit bis unters Dach – auch mit Geldern aus Spanien – saniert.

■ „Verbundenheit mit der Gesinnungsgemeinschaft“ ■

„Die große Wohnung im 1. OG (90 qm) muss bis Ende Mai fertig sein“, schreibt Hupka am 7. Mai 2003 an den „lieben Rolf“. Weiter heißt es: „Ich bekomme zwar 20 000 Euro Fördergelder, doch reicht das nicht. (...) Wäre es möglich, dass Du mir noch 7000 Euro leihen kannst? Über 200 000 Euro soll Hanno Hupka bereits insgesamt gegeben haben. Es sei ein ganz normales Darlehen, behauptet der in seinem Büro in Marbella. Auf Steffen Hupka lässt der Altnazi nichts kommen und der bedankt sich artig. In dem persönlichen Schreiben vom 7. Mai 2003 schreibt er: „Lieber Rolf, nächste Woche wollen wir mit der Abwasserleitung anfangen. (...) Voraussichtlich am 1. Juli wird die Mieterin einziehen. Dann habe ich nochmal 400 Euro im Monat extra und kann auch die Rate an Dich erhöhen. Die Dachwohnungen brauchen noch 2 Bäder und dann kann ich die auch vermieten (...) Im Büro werde ich noch einen Schreibtisch usw. für Dich aufstellen lassen. (...) Mit dem besten Gruß Steffen“

Für Hupkas Privathaus ist also gesorgt. Sorge bereitet dem wachsamem Geldgeber aus Marbella nur, dass es ständig Querelen mit den Arbeitskräften gibt. So hat sich „Steffen“ inzwischen mit dem

fleißigen Bauleiter Jürgen Krumpholz, einem bekannten Rechtsextremisten aus Görlitz, überworfen und auch der treue Hausmeister vor Ort hat wütend den Dienst quartiert. Der Würzburger NPD-Chef und offizielle Schlossbesitzer Uwe Meenen will seit langem aus der ganzen Sache raus, hat seine Schuldigkeit als Strohmann getan. Angeblich soll Hupka bereits der rechtmäßige Besitzer des Schlosses sein, berichten ehemalige Geschäftspartner. Sie wundern sich, denn „der hat doch den Offenbarungseid abgelegt“. Zur Zeit bekommt Hupka Unterstützung von einem Bauleiter aus Blankenburg und Kameraden aus Miltenberg und Köthen, die fast täglich vor Ort sind. Um nicht nur von Hanno abhängig zu sein, tourte Hupka vor kurzem durch Ostsachsen und Hessen, um weitere Geldgeber aufzutreiben. So konnte er am „Tag der offenen Tür“ am 26. Juli dieses Jahres auch einige grauhaarige Herren im Anzug als Gäste begrüßen.

■ Mit dem Schlossprojekt ein Denkmal setzen ■

Noch vor einem Jahr unterstützten auch rechtsextreme Szenegrößen Hupka bei seinen Bemühungen, ein Schulungszentrum aufzubauen. In einer internen Auflistung unter der Überschrift „Spenden und Kredite für Schloss Trebnitz ab März 2001 – Stand 10.7.2002“ heißt es: „37 703 DM (Vorhandenes Geld am Versteigerungstag – 20 000 DM Kredit von Renniecke und 8000 DM Spende von Frau Kosiol enthalten). (...) Worch 5000 DM bis Sept. 2001 (...) Biere/Freie Kräfte 4000 DM (Spende) kostenlose Nutzung eines Raumes...“

Mit Renniecke wird der NPD-Liedermacher Frank Renniecke und mit „Frau Kosiol“ Rosemarie Kosiol aus Nürnberg gemeint sein. Neonazi Christian Worch ist beteiligt und bei Biere dürfte es sich um Andreas Biere, einem Anhänger Hupkas aus Sachsen-Anhalt, handeln. Es tauchen weiterhin die Namen Mehlfeld, Braun (beide 5000 DM Kredit) und Müller (10 000 DM Spende) auf. Interessant ist auch die 3000 DM-Spende von „Reiche/Köthen“, also wohl Andreas Reiche, einem Neonazi-Führer aus Sachsen-Anhalt, der unter anderem die Demonstration am 1. Mai 2001 in Frankfurt angemeldet hat. Christian Worch hat seine Rückzahlung („komplett 2556 Euro“) inzwischen erhalten. Hupka weiß, wem er nichts schuldig bleiben darf. Im Schloss fanden, nach Angaben von Anwohnern, bereits die ersten Kameradschaftstreffen statt, auch von einem Liederabend ist die Rede.

Hanno war in diesem Jahr einige Male in Trebnitz, um die Bauentwicklung zu beobachten. Bereits im August 2002 nutzte er eine der Visiten, um das Anwesen eines weiteren Kameraden zu besichtigen, Günter Deckerts Haus im sächsischen Gränitz. Rolf Hanno gibt zu, dass er auch für Deckerts Häuser Geld beigesteuert hat. Deckert selbst hat vor einigen Monaten ein Haus in der Kartengasse in Annaberg im Erzgebirge erworben. In einem Leserbrief vom 31. März 1997 an die „Deutsche Stimme“ legte sich Hanno für Deckert ins Zeug, er sprach von „heilige(r) Pflicht und die Ehre zugleich, einem unerschrockenen Mann“ den Rücken zu stärken. Besonders imponierten Hanno Deckerts „vorbildlicher Einsatz“ und die „fünf Jahre Kerkerhaft“, die der ihm einbrachte. Jetzt spricht Deckert sogar davon, auch in Freiberg ein Haus kaufen zu wollen. In Annaberg wird zur Zeit kräftig renoviert. Gleich nebenan betreibt Deckerts ehemaliger enger Mitstreiter, der Rechtsextremist Ralf Meyer, die „Erzgebirgsklausen“.

Von einem weiteren, inzwischen gescheiterten, rechten Hausprojekt in Sachsen soll sich der Neonazi-Mäzen Hanno auch schon ein persönliches Bild gemacht haben. So besuchte er, nach Angaben von ehemaligen Geschäftspartnern, den rechtsextremen Jugendclub „Thor“ in Dresden.

■ Ein neues Haus für Günter Deckert ■

In Sotterhausen bei Sangershausen hat sich der Neonazi Enrico Marx häuslich niedergelassen. Der regionale Kameradschaftsführer und Betreiber des Barbarossa-Versands eröffnete dort am 6. Juli dieses Jahres seine neue Gaststätte. Marx soll auch an der Organisation von Rechtsrockkonzerten beteiligt sein. Christian Schaar, Bundesvorsitzender der JLO, und Dirk Vott, JLO-Landeschef in Bayern, kauften eine Immobilie in Steinbrücken in der Nähe von Halle. Auf der Homepage des JLO-Bundesverbandes taucht im Veranstaltungskalender seit 2002 immer wieder die Passage „Arbeitseinsatz Bauernhof“ auf, vom 3. bis zum 18. August vergangenen Jahres fand ein „Sommerlager Bauernhof mit Wanderungen und Kulturprogramm“ statt. Nach Angaben von Anwohnern erwarben die JLO-Funktionäre kürzlich noch ein Einfamilienhaus in dem Dorf.

Woher die Gelder in den letzt genannten Beispielen stammen, ist unklar. Aber vermögende Altnazis wie Rolf Hanno gibt es leider genug.

Andrea Röpke

Hintergrund

Eine Stadt wehrt sich

Zahlreiche Neonazi-Kader haben sich in der Region um Ludwigslust in der mecklenburgischen Provinz niedergelassen.

Aus Liebe zur Region verlegt Herzog Friedrich Franz I. seine Residenz von Mecklenburg-Vorpommern in den kleinen Ort Ludwigslust. Mit dem Umzug des Regierungssitz 1756 entwickelt sich die Stadt. Bis heute bildet das damals gebaute spätklassische Schloss das Stadtzentrum. Doch nicht nur Besucher und Einwohner spazieren durch die großflächigen Schlossanlagen der als barocken Flächendenkmal eingestuften Kreisstadt.

Neben den vielen Touristen mit Wetterjacken und Wanderschuhen fallen auch einige Jugendliche mit Lonsdale-Jacken und Springerstiefeln auf. Die Aufdrucke lassen keinen Zweifel über ihre Gesinnung aufkommen: „frei – sozial – national“. Keine drei Querstraßen vom Schloss entfernt, können Interessierte sich im „Tattoo Wahlhalle“ entsprechende Symbole tätowieren lassen. Am nahen Kiosk finden sie die rechtsextreme „National-Zeitung“ und das revanchistische Heft „Landser“. In der dünn besiedelten Region um die Kreisstadt hat sich in den letzten Jahren eine rechte Szene entwickelt.

„Wir haben diese Entwicklung genau verfolgt“, erzählt Bürgermeister Hans Jürgen Zimmermann. „Im vergangenen Jahr waren gerade die Freien Nationalisten sehr aktiv“, erklärt der Grünen-Politiker, und hebt hervor, dass „leider auch ausländische Mitmenschen und anders denkende Jugendliche attackiert“ wurden. Die nahegelegene KZ-Gedenkstätte Wöbbelin schändeten Rechte öfters, ebenso den jüdischen Friedhof in Boizenburg. „Aber in Ludwigslust“, betont Zimmermann, „sind die Rechte heute nicht mehr so präsent“. Der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern bestätigt diese Einschätzung. „Die Kameradschaft Ludwigslust 88 tritt fast nur bei Aufmärschen auf“, erklärt ein Mitarbeiter der Behörde.

Kein Grund zur Entwarnung, weiß auch der Verfassungsschutz. Denn in der Region verübten junge Rechte in diesem Jahr eine Serie von Gewalttaten. Seit Juli ermittelt die Schweriner Staatsanwaltschaft gegen „etwa 60 Rechtsextreme“. Vor allem der Zuzug bundesdeutscher Neonazikader in

die mecklenburgische Provinz dürfte die militante Szene gestärkt haben. Fast ein Dutzend erfahrener Neonazikader zogen ab 1998 in die Region: Der Hamburger Rentner Klaus Bärthel ließ sich in Ludwigslust nieder, das nordrhein-westfälische Bundesvorstandsmitglied der NPD Stefan Köster wählte das nahe Ludwigslust gelegene Lübbüchen aus, der Hamburger Thomas Wulff erwarb zusammen mit dem Niedersachsen Michael Grewe in Amholz bei Boizenburg ein altes Herrenhaus. Während sich Bärthel um seinen Wolf-Verlag bemüht und bis 2002 das Neonaziheft „Zentralorgan“ vertrieb, bauen Wulff und Grewe ihr Gutshaus aus. Als „Schulungszentrum“ würden die Rechte das Anwesen aber nicht nutzen, meint der Verfassungsschutz, sondern als „Mehrfamilienwohnoberjekt“.

„Die Rechtsradikalen haben ihre Strategie geändert“, betont Inga Hinrichs, Leiterin des Jugendzentrums ZEBEF in Ludwigslust. Nachdem 2002 das ZEBEF die Wanderausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ zeigte, versuchten die Freien Nationalisten mit Aufmärschen, Flugblattverteilungen und Anzeigen die Mitarbeiter einzuschüchtern. Ohne Erfolg. Nun würden Bärthel und Co. nicht mehr die direkte Konfrontation suchen, um nicht weiter politische Sympathien zu verlieren. An den Schulen fallen die Rechte auch weniger auf, berichtet eine Vertreterin der „Schüler gegen Rechts“. „In Neustadt-Glewe“, betont sie, „treten sie aber noch offen auf“. Die Freien Nationalisten versuchen auch, junge Russlanddeutsche für sich zu gewinnen. „Laut einem Strategiepapier wollen sie auf sie zugehen“, erläutert ein ZEBEF-Mitarbeiter.

Die Situation in Ludwigslust dürfte aber nicht alleine der Strategie der Rechte geschuldet sein. Denn die Stadt beobachtet nicht nur die Aktivitäten, sondern handelt. Seit über drei Jahren führen Stadt, Parteien und Initiativen Aktionen gegen Rechts durch. „Wir mussten uns der Entwicklung entgegen stellen“, erklärt Zimmermann. Als Bürgermeister zeigte er 2001 Bärthel wegen der Herausgabe der Nummer 11. des „Zentralorgans“ an. „In dem Titel ‘National Befreite Zonen – schafft sie euch’, sehen wir eine Bedrohung gegen unsere Bürger“, erläutert Zimmermann. Das Amtsgericht Ludwigslust teilt diese Einschätzung nicht. Am 10. September sprach es die Macher des braunen Magazins, Tobias Thiessen, Dirk Sukoll und Bärthel, von dem Vorwurf der Volksverhetzung und des Aufrufs zu Gewalt frei. Die Staatsanwaltschaft will das Urteil anfechten. *Andreas Speit*

Ausland

Rechte „Säuberung“

Die Programmatik der Partei National Orientierter Schweizer erinnert an das „Vorbild“ Nationalsozialismus.

In der Schweizer Konsensdemokratie sorgen selbst Wahlkampfzeiten selten für Aufregung. Doch bei den am 19. Oktober stattfindenden Kantonswahlen in Aargau sorgt die kleinste der kandidierenden Parteien für großen Wirbel. Die im Jahr 2001 gegründete Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) mache nationalsozialistisches Gedankengut wieder hoffähig, meinte das „Forum gegen Gewalt und Rassismus“ und erhob gegen die Rechtspartei Anzeige wegen des Verstoßes gegen das in der Schweiz geltende Diskriminierungsverbots.

Besonders ein Wahlplakat der PNOS ist in die Kritik geraten. Unter einem eisernen Besen stand der Slogan „Wir säubern“, der sich gegen die PNOS-Feindbilder Linke, Ausländer und Juden richtet. Kritiker erinnert das Motiv an ein ähnliches Plakat, das die neonazistische Nationale Front im Frühjahr 1993 verwendete. Der Sturm der Entrüstung hat die PNOS zum Einlenken veranlasst. Das Plakat wurde eingezogen. Die PNOS-Führung entschuldigte sich in einem Leserbrief an die „Schweizer Sonntagszeitung“ gar für das Plagiat der Nationalen Front.

Der Wirbel dürfte der bisher recht unbekannten Partei trotzdem nicht ungelegen gekommen sein. Musste doch die Parteiführung selbst zugeben, dass der dritte Parteitag Anfang August 2003 nicht besonders erfolgreich verlaufen ist. Wegen massiver Proteste zahlreicher Antifaschisten begann der Parteitag mit Verzögerungen. Dann wollten Gerüchte über eine Parteispaltung nicht verstummen. Schließlich hat Bernhard Schaub die PNOS verlassen und mit der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition (NAPO) eine rechte Konkurrenzorganisation geschaffen. Schaub galt als Vordenker der Partei und hat auch wesentlich am weiterhin gültigen 20-Punkte-Programm der PNOS mitgearbeitet.

Der Historiker Michael Schröders kommt nach einer ausführlichen Analyse zu dem Schluss, „dass die Programmatik der PNOS sich am historischen ‘Vorbild’ des Nationalsozialismus orientiert und offen antisemitische beziehungsweise fremden-

feindliche, antidemokratische und autoritäre Staats- und Verfassungsvorstellungen im Sinne einer Volksgemeinschaft- beziehungsweise Volksstaatsideologie proklamiert; bis in wörtliche Übereinstimmungen und Forderungen lässt dieser Vergleich Gemeinsamkeiten beider Programme bei aller historisch bedingten Unterschiede deutlich hervortreten.“ Besonders in der Familien-, Mittelstands- und Fremdenpolitik seien diese Übereinstimmungen frappierend, so Schröders. Nur derjenige könne Staatsangehöriger werden, „der dem Volk angehört oder der ihm durch Abstammung und Kulturverwandtschaft so nahe steht, dass er sich einfügen kann“, heißt es im Punkt 1 zur Ausländerfrage. Auch die Programmatik zur Kulturfrage lässt ihre Wurzeln aus der nationalsozialistischen Tradition unschwer erkennen. „Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wird das geschwächte Europa auch in seiner Kultur amerikanisiert. Der Durchschnittsjugendliche von heute hat in der Schule kaum noch singen gelernt, dafür hört er elektronisch verstärkte amerikanische Musik ... Moderne Kunstaussstellungen gleichen Sammlungen von Verrücktheiten. Es ist eine Hauptaufgabe der nächsten Zukunft, wieder die wahren Kulturträger und Kulturschöpfer zum Zuge kommen zu lassen“, steht dort.

Kein Wunder, dass solche Thesen bei Gleichgesinnten aus Deutschland Zustimmung finden. So wird in einer Presseerklärung der PNOS über den Parteitag im August hervorgehoben: „Gleich nach der Pause überreichte der Gastreferent John Bürgel von der NPD Grüße des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt und hielt im Anschluss eine Rede zur Weltlage und über die fruchtbare Zusammenarbeit der Nationalen Kräfte in ganz Europa“.

Mit der erstmaligen Teilnahme an einer Kantonswahl will die PNOS ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Auf der Liste 09 in Aargau kandidiert Ralph Aschwanden. Selbst wenn die Stimmenzahl bescheiden bleiben sollte, warnen demokratische Initiativen vor einer Unterschätzung der Partei. Der Rückzieher der Partei bei dem inkriminierten Plakat mit dem eisernen Besen kann nicht verdecken, wie breit das nazistische Gedankengut in der Mitgliedschaft verankert ist. So weist die Organisation Aktion Kinder des Holocausts (AkdH) auf die Texte auf der Webseite der PNOS hin. Dort schrieb die Webmasterin der Partei ins Gästebuch: „Heil Euch, nachdem die dreckigen Drecksjuden unser Gästebuch gelöscht haben, habe ich nun dieses geladen, leider wurden dadurch alle Beiträge gelöscht.“

Peter Nowak

Am Rande

Reisen zum „Führer“

Rechtsextremer Wehrmachtsfan organisiert für US-amerikanische Touristen Wallfahrtstouren an historische Stätten des Dritten Reichs.

„Sharkhunters“ ist auf den ersten Blick eine von unzähligen Webseiten, auf denen ein schrulliger Mensch seine Marotten auslebt. Harry Cooper aus Hernando in Florida widmet sich der Geschichte der U-Boot-Flotte der Hitlerschen Wehrmacht. Nach eigenen Angaben besteht „Sharkhunters“ nunmehr seit 20 Jahren und hat über 6600 Mitglieder in 70 Ländern, neben anderen den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und die kürzlich verstorbene umstrittene Filmregisseurin und Fotografin Leni Riefenstahl. Für Neumitgliedschaften (50 Dollar Jahresbeitrag) wird mit original handsignierten Fotos vornehmlich deutscher U-Bootkommandanten und Flieger geworben.

Auf den zweiten Blick wird aber schnell klar, dass hier nicht nur eine ganze Reihe von im II. Weltkrieg aktiven deutschen U-Boot-Offizieren Mitglieder sind und systematisch die „Heldentaten“ dieser „Kameraden“ verherrlicht werden, sondern dass zumindestens der „Sharkhunters“-Vorsitzender Harry Cooper sich in der internationalen rechtsextremen Szene tummelt. So wird Cooper unter anderem als Redaktionsmitarbeiter bei der einschlägigen Revisionistenzeitschrift „The Barnes Review“ des rechtsextremen Veteranen und notorischen Antisemiten Willis Carto geführt. Nachdem Carto sich Anfang der 90er Jahre mit dem bekannten holocaustleugenden Institute for Historical Review (IHR) überworfen hatte, gründete er 1994 mit „The Barnes Review“ (benannt nach dem Revisionisten Harry Elmer Barnes) ein Konkurrenzorgan zum „Journal for Historical Review“.

Was Cooper und „Sharkhunters“ auch für Deutschland interessant macht, sind dessen regelmäßig organisierte Reisen in das Land von Wehrmacht und U-Boot-Waffe, die sogenannten „Patrols“. So werden auf der „Sharkhunters“-Webseite (www.sharkhunters.com) für dieses Jahr eine Fahrt nach Norddeutschland und Berlin und eine andere nach Süddeutschland und Österreich angeboten. Und die jeweiligen Programme lassen auch für Dritte-Reich-Fetischisten nichts zu wünschen übrig.

Vom 19. bis zum 26. September konnten für 1295 US-Dollar pro Person München, Nürnberg (hier vor allem das Reichsparteitagsgelände) und Hitlers „Adlernest“ am Kehlstein nebst Mussolini-Kamin sowie andere „fun places“ besucht werden. Einen absoluten Höhepunkt soll dann am Ende der „Patrol“ der Besuch der nördlich von Klagenfurt in Österreich stattfindenden Ulrichsbergfeier darstellen, die üblicherweise im Oktober durchgeführt wird. Zum teilnehmerstärksten Soldatentreffen Mitteleuropas versammeln sich dort jährlich um die 2000 Veteranen aus aller Herren Länder. Der Aufmarsch der Ewiggestrigen gilt auch als eines der größten Treffen früherer SS-Kameraden. „Sharkhunters“ wirbt in den höchsten Tönen von der großartigen Atmosphäre der Feier und Harry Cooper schwärmt auf seiner Webseite von der Begegnung mit dem Kärntner Ministerpräsidenten Jörg Haider, der in den vergangenen Jahren gern gesehener Redner bei der einschlägigen Veranstaltung war.

■ Besuch von Hitlers „Adlernest“ am Kehlstein ■

Vom 27. September bis zum 11. Oktober findet jetzt die zweite „Patrol“ nach Berlin und Norddeutschland statt. Für 1995 Dollar kommen die Teilnehmer hier unter anderem in den Genuss des Berliner Reichstags, des Olympiastadions („wo die Welt 1936 Weltgeschichte erlebte“) und – als besonderes Bonbon – des Schlachtfelds von Küstrin und der Hauptquartiere von Göring und des Großadmirals Dönitz („als erste Besuchergruppe seit dem 2. Weltkrieg“). In Norddeutschland steht dann das Grab des Hitler-Nachfolgers Dönitz ebenso auf dem Programm, wie ein Treffen mit zahlreichen Veteranen der U-Boot-Waffe und ein Besuch der Wewelsburg. Die im Kreis Paderborn gelegene Burg wurde im Dritten Reich auf Geheiß des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, als SS-Kaderschmiede genutzt und ist bis heute ein Wallfahrtsort für Rechtsextremisten, die sich an dem im Eingangsbereich eingelassenen Mythensymbol der Schwarzen Sonne ergötzen.

Welcher Personenkreis diese Art von Wallfahrten bucht, darüber kann nur spekuliert werden. Sicher ist jedoch, dass Harry Cooper mit seinen organisierten Revisionistentouren einen lukrativen Geschäftszweig für sich entdeckt hat. Auch dieses Mal wird er wohl wiederum begeistert von diesen „Patrols“ in seiner Zeitschrift „KTB“ (kurz für: Kriegstagebuch) berichten.

Thomas Grumke

Demokratische Initiativen**Augen aufmachen**

Eine zivilgesellschaftliche Initiative in der Oberlausitz tritt erfolgreich dem „Alltagsrassismus“ entgegen.

Als Bernd Stracke und Sven Kaseler ihr erstes Konzert veranstalteten, waren sie nicht einmal sicher, dass jemand kommen würde. In Zittau in der Oberlausitz, dort wo Sachsen mit den Nachbarstaaten Polen und Tschechien ein Dreiländereck bildet, wollten sie der rechten Alltagskultur in der Region etwas entgegensetzen. Wenn Bernd Stracke heute beschreibt, in welcher Atmosphäre die Initiative „Augen auf“ vor zweieinhalb Jahren gegründet wurde, klingt seine Erzählung fast gespenstisch: „Die politische Hegemonie der Rechten war komplett“, sagt Stracke; dass Jugendliche ein „rassistisches Selbstverständnis“ gepflegt hätten, sei Konsens und völlig normal gewesen.

„Augen auf“, ein Netzwerk von Privatpersonen, die diesen Zustand nicht länger hinnehmen wollten, legte los: Im Frühjahr 2001 lud man gegen manchen Widerstand zu einem bunten Fest in Zittau. Es kamen 4000 Gäste – vermutlich nicht zuletzt, weil Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sich persönlich beim eher skeptischen Bürgermeister für das Zustandekommen der Veranstaltung einsetzte und damit eine Menge Werbung einbrachte.

Seither ist viel passiert: Mit Unterstützung aus dem „Civitas“-Programm der Bundesregierung ist die Initiative „Augen auf – Zivilcourage zeigen!“ inzwischen auch den meisten Normalbürgern in der Oberlausitz ein Begriff. Laut Selbstverständnis hat sich das Netzwerk unter anderem etwas sehr Grundlegendes vorgenommen, nämlich „aufzustehen für Artikel I des Grundgesetzes“, dafür, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. In einer Zeit, in der der „Alltagsrassismus in Ostdeutschland immer mehr Gestalt annimmt“, wolle man Zivilcourage fördern, Toleranz verstärken, aber auch den „hier lebenden Ausländern bei der Integration in ein neues unbekanntes Umfeld helfen“, heißt es.

In der Praxis liegt einer der Schwerpunkte der Arbeit auf Kultur, die auch populär sein darf: Gemeinsam mit Schauspielern wie Axel Prahl wurde mit Jugendlichen an Kurzfilmen und Kinotrailern gearbeitet; auch Konzerte renommierter Bands wie

„Knorkator“ werden von „Augen auf“ gerne veranstaltet. „Wir wollen möglichst viele Leute ansprechen“ sagt Stracke, „und natürlich kommt man mit Konzerten und Prominenten eher an die ran als mit Diskussionen.“ Über diese Event-Schiene hofft man, auch inhaltlich auf Jugendliche einzuwirken: mit Veranstaltungen zu Rechtsrock, Ausstellungen über Anne Frank oder Juden und Sachsen oder mit Diskussionen mit Ex-Neonazis.

Auf die Unterstützung von „Civitas“ muss „Augen auf“ inzwischen wieder fast komplett verzichten. Als der diesjährige Antrag für die Finanzierung des mehrtägigen Sommerfestivals gestellt wurde, kam zur Antwort: Das Fest ist nichts Neues mehr, wird deswegen nicht mehr gefördert. 9000 Euro trieb man in mühevoller Kleinarbeit bei Sponsoren auf, aber: „Das trägt sich nicht“, sagt Stracke, „35 Veranstaltungen kann man mit 2000 Gästen nicht finanzieren. In dieser Gegend mehr Menschen aufzutreiben, ist aber kaum möglich.“

Die, die kommen, sind dabei genau jene Jugendlichen, die man mit zivilgesellschaftlichen Initiativen so gern erreichen möchte: Ganz normale Jugendliche, die froh sind, dass ihnen endlich einmal etwas anderes geboten wird als Jugendclubs, die fest in rechter Hand sind. „Wenn es gelingt, den Jugendlichen eine alternative Kultur anzubieten, ist schon viel gewonnen“, sagt Stracke, „banal gesagt ist es schon ein Erfolg ihnen zu zeigen, dass es Dinge gibt, die mehr Spaß machen, als in schwarzen Jacken durch die Gegend zu rennen und Angst und Schrecken zu verbreiten“. Oft braucht es nur einen Anstoß: Seit es „Augen auf“ gibt, werden in der Oberlausitz auch andere alternative Clubs eröffnet, Skatertreffs gegründet, kleine Konzertsäle renoviert.

Der Umgang mit der Bevölkerung ist nicht immer unkompliziert: Im vergangenen Jahr stieß das Fest in Löbau auf massive Ablehnung einiger Älterer, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlten. Und auch die von „Augen auf“ organisierte Ausstellung „Passagiere“, die Porträts von U-Bahn-Nutzern in Paris, Moskau und Berlin vereint, sollte in Löbau nicht gezeigt werden: Mehrere Bildtafeln wurden in Gegenwart zufälliger Besucher von Rechtsextremen zerstört; die Porträtierten als „Hundetruppe“ und „Dreckige Zecken“ beschimpft. Erst vor einigen Wochen wurden einige Jugendliche vom Gericht zu Jugendstrafen verurteilt. Alles in allem aber, sagt Stracke, sei man optimistisch: „Wir machen Fortschritte – kleine, aber immerhin.“ *Jeannette Goddar*
<http://www.augenauf.net>

Grauzone**Einschlägige Kreise**

Die auch von extremen Rechten gern gelesene „Deutsche Militärzeitschrift“ setzt auf weiteren Ausbau.

Seit September erscheint das auch im Zeitschriftenhandel vertriebene bisherige Vierteljahresmagazin „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ; Verlag Medien-Marketing-Team GmbH (MTM) in Soden-Salmünster) nach 34 Ausgaben nunmehr im zweimonatlichen Turnus.

Ins Leben gerufen wurde die sowohl in Bundeswehr- als auch in Neonazikreisen gern gelesene DMZ im April 1995 durch Harald Thomas, der zuvor unter anderem Geschäftsführer des rechtsextremen Nationaleuropäischen Jugendwerkes (NEJ) war. Wegen „gesundheitlicher und finanzieller Schwierigkeiten“ musste Thomas das Blatt ein Jahr später einstellen. Im Frühjahr 1997 fand die DMZ dann mit MTM, einem umsatzstarken Versandhandel mit extrem rechten Devotionalien (Bücher, Videos, CDs undsoweiter), einen neuen Verleger. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend von ultrarechten Blättern setzt die rund 80-seitige umfangreich bebilderte DMZ nun auf weiteren Ausbau.

Hauptanliegen der DMZ ist die „Verknüpfung von Geschichte und aktuellen militärischen Themen“. Dazu zählen die Bereiche „Militärhistorie, Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung, Wehrwissenschaft, Krisenherde, Bundeswehr und Streitkräfte aller Welt, Soldatenportraits, Interviews, Sicherheitspolitik“. Aufgegriffen werden auch abstruse Themen wie „‘Flugscheiben’ im Dritten Reich“. Für die nächste DMZ-Ausgabe ist unter anderem ein Artikel zu „Oradour – das Ende aller Lügen? Physikalische Gesetze contra Geschichtsschreibung“ angekündigt. Zielgruppe der „unabhängigen und überparteilichen Zeitschrift“ sind die „Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkrieges, Soldaten und Reservisten der Bundeswehr und alle zeitgeschichtlich interessierten Mitbürger“. Ebenso angesprochen sind die ehemaligen Angehörigen der „Nationalen Volksarmee“ (NVA).

Der „Junge Freiheit“-Autor Christian Vollradt findet lobende Worte für die DMZ. Sie stehe im „Widerspruch zum ‘Zeitgeist’ – bis hin zur Revision offizieller Geschichtsschreibung ... Auf diese Ten-

denz weist nicht zuletzt die Besetzung des freien Mitarbeiterstabs der Redaktion hin“, schreibt er in der Zeitschrift „Sezession“ (April 2003), die vom rechtslastigen Institut für Staatspolitik herausgegeben wird.

Die Redaktionsleitung der DMZ obliegt dem Oberstleutnant a. D. Wolfgang Dischert, Ex-Pressesoffizier des Heeresamtes Köln. 1998 wurde Dischert „in Anerkennung seiner Verdienste für vaterländische Treue und bewiesenem preußischen Staatsbewusstsein“ von Ferdinand von Bismarck mit der „Bismarck-Erinnerungsmedaille in Silber mit goldenem Eichenlaub“ ausgezeichnet. Der Fachredaktion der DMZ gehört unter anderem der rechtsextreme Publizist Claus Nordbruch, Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), an. Zu den freien DMZ-Mitarbeitern zählen neben anderen die einschlägig bekannten Publizisten Klaus Hornung (Präsident des Studienzentrums Weikersheim, SZW), Hans-Joachim von Leesen (ständiger Autor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“), Walter Post (Referent bei der Deutschen Kulturgemeinschaft europäischen Geistes), Alfred Schickel (Vorsitzender der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt; ZFI), Emil Schlee (Ex-REP-MdEP), der Militärhistoriker Franz Seidler und der rechtsextreme Autor Wolfgang Strauß, der regelmäßig für „Nation&Europa“ schreibt. Weitere DMZ-Autoren sind unter anderem Heinz Magenheimer (SZW- und ZFI-Referent, JF-Autor), Lothar Groppe (JF- und „Der Schlesier“-Autor), Heinz Schön (Arndt Verlag-Buchautor), Meinrad von Ow (Autor in „Criticon“, „Deutsche Geschichte“) und der JF-Autor Michael Waldherr.

Regelmäßig mit Anzeigen in der DMZ sind die revisionistische Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain (Tübingen), der Buchdienst „Nation Europa“ (Coburg), der Südtirol-heimelige Verlag Kienesberger (Nürnberg), die Deutsche Verlagsgesellschaft (Preußisch Oldendorf), der Munin-Verlag (Pluwig) sowie der nationalrevolutionäre Verlag Bublies (Schnellbach) vertreten. Anzeigen finden sich auch von den Fachbuchverlagen Koehler/Mittler und Bernard & Graefe. Die DMZ selbst warb in den vergangenen Monaten unter anderem in der „Jungen Freiheit“ um Leser.

Trotz dieser extrem rechten Positionierung stehen der DMZ immer wieder prominente CDU-Politiker/innen wie Steffen Heitmann, Martin Hohmann, Jörg Schönbohm oder Erika Steinbach als Interviewpartner zur Verfügung. *Anton Maegerle*

Grauzone**„Eintagsfliegen“****Experte gibt Schill-Partei keine Zukunft.**

Als die Schill-Partei im Herbst 2001 mit 19,4 Prozent der Stimmen in die Hamburger Bürgerschaft einzog und eine Koalition mit CDU und FDP bildete, waren politische Kontrahenten wie Meinungsforscher gleichermaßen überrascht. Zwei Jahre später dümpelt die rechtspopulistische Partei in der Hansestadt bei Umfragen um fünf Prozent herum. „Schill hat viel Kredit bei seinen Wählern verspielt. Er hat ein schlechtes Bild bei der politischen Arbeit abgegeben und ist durch Kompromisse bei den Koalitionsverhandlungen und diverse Affären entzaubert worden“, lautet die Analyse des Bonner Politikwissenschaftlers Frank Decker. Der Populismus-Experte referierte auf Einladung der Hamburger SPD im Kurt-Schumacher-Haus über das Thema „Welche Chancen haben Rechtspopulisten in Hamburg und in der Bundesrepublik?“

Decker spricht von einem „Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland“. Die Gründe für das Schicksal der politischen „Eintagsfliegen“ verortet der Experte vor allem im föderativen System der Bundesrepublik: Der Unmut der Wähler über die Politik äußere sich durch Abstrafungen bei Landtags- und Europawahlen, die eine „Korrekturfunktion“ hätten. Bei Bundestagswahlen seien rechte Parteien fast durchweg erfolglos. Zudem werde die latente Fremdenfeindlichkeit einiger Bevölkerungsschichten „in dumpfere Kanäle abgedrängt“, worauf das hohe Maß an rechter Gewalt schließen lasse. Die Medien hätten Berührungängste mit den Populisten wegen deren Unfähigkeit, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Ein weiteres Hemmnis für das Erstarken des rechten Lagers sei die Zersplitterung und das Fehlen einer Führerfigur: „Ein Volkstribun mit Charisma ist weit und breit nicht in Sicht.“ Das kurze Aufblühen der Schill-Partei erklärt Decker damit, dass es der Partei gelungen sei, sich glaubhaft vom rechtsextremen Lager abzugrenzen. Das Thema Kriminalität habe im aufgeheizten Wahlkampf Wähler ebenso angezogen wie Ronald Schill, der „über genügend Ausstrahlungskraft und Rhetorik“ verfüge. Doch die Partei habe viel von ihrer Reputation verloren. Die Schill-Partei wird bei der nächsten Bürgerschaftswahl Mühe haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, prognostiziert Decker. *Volker Stahl*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 36-38/03:**

Das Debakel der „rechtspopulistischen“ Schill-Partei und der Republikaner erklärt Dieter Stein damit, dass die Union „selbst jede rechte Alternative grundsätzlich“ verneinen würde (dies trotz Regierungsbeilegung der Schill-Partei in Hamburg?). Jede neue Partei stünde vor dem selben Schicksal wie die Schill-Partei, da sie die Medien und die „maßgeblichen gesellschaftlichen Institutionen gegen sich“ habe und einer „Meute ausgesetzt (sei), die sie jagt, bis sie erledigt ist“, beklagt der JF-Chefredakteur. Andreas Mölzer zieht „seltsame“ Parallelen zu der „Entfernung“ Jörg Haider aus seinem Amt als Ministerpräsident 1991 (wegen dessen Lob der NS-Beschäftigungspolitik), der Ermordung Pim Fortuyns und der „Demontage“ Roland Schills. Wenn dem politischen Establishment die Einbindung der vielgeschmähten Rechtspopulisten misslinge, würden diese eben wieder „eliminiert“, meint Mölzer. Statt weiterhin vergebliche parteipolitische Initiativen zu starten, „sollte die Rechte endlich erkennen, dass sie nur als ‘sozial-revolutionäre’ Nationalbewegung“ ihren Zielen gerecht werden könne, empfiehlt Matthias Seegrün. Für Doris Neujahr liegt der „letzte und tiefste Grund“ gegen ein Vertriebenenzentrum in Berlin in der Rolle der Deutschen „als Tätervolk“ bei der „internationalen(n) Etablierung einer Opferhierarchie“. Zahlreiche Intellektuelle aus Europa und Übersee seien irritiert, „dass die Deutschen aus ihrer Position als ewiger Sündenbock hervorzutreten“ suchten, so Neujahr. Claus Wolfschlag prognostiziert in der „forcierten Einwanderung“ von Rot-Grün bis hin zur FDP und damit verbundenen demographischen Veränderungen „zukünftige Bürgerkriegs- und Drohpotenziale“ in sozialen Verteilungskämpfen. Andreas Wild bewertet die Werke Leni Riefenstahls als „Marksteine ... für die Ästhetik des 20. Jahrhunderts“. Thorsten Hinz sieht in der Verstorbenen „das Außerordentliche in Person“, was es „seit Ernst Jüngers Tod nicht mehr in Deutschland“ gab. Christian Anders betrübt die „Denkmalstürmerei“ der Gemeinde Marienfels, die den Abriss eines Denkmals der Waffen-SS fordert. Albrecht Jehens liefert eine Laudatio auf Hans Filbinger, der sich „gegen den politischen Missbrauch der ‘Vergangenheitsbewältigung’“ gewandt habe und gegen den „eine von der Stasi ... organisierte konzertierte Rufmordkampagne“ losgetreten worden sei. (gn)

Aktivitäten**„Gemeinsame Väter“****Rechte umwerben Russlanddeutsche**

Zum dritten Mal ist mittlerweile eine Ausgabe der „Volksdeutschen Stimme“ erschienen, einen Hinweis darauf gab kürzlich auch das rechtsextreme „Störtebeker-Netz“. Die „Volksdeutsche Stimme“ ließ sich offenbar nicht nur dem Namen nach von dem NPD-Blatt inspirieren, sondern übernahm auch gleich einen Großteil der Inhalte desselben. Zentrale Themen sind dementsprechend die drohende „Islamisierung Europas“, Geschichtsrevisionismus, der Kampf gegen „Multi-Kulti“, Meinungsfreiheit, „linker Terror“, Stimmungsmache gegen Homosexuelle sowie nicht zuletzt gegen Israel.

Ein erheblicher Teil der Artikel ist schon von anderswoher bekannt – die „Volksdeutsche Stimme“ präsentiert sich streckenweise als bloßes Sammelurium von Nachdrucken aus anderen rechtsextremen Medien, neben der „Deutschen Stimme“ dem „Störtebeker-Netz“, der „Aula“, der „National-Zeitung“ oder der „Unabhängigen Nachrichten“. In der aktuellen Ausgabe wird die aktuelle NPD-Kampagne gegen den EU-Beitritt der Türkei beworben und die Bestelldaten für entsprechende Propagandamaterialien werden gleich mitgeliefert. Der Leserschaft legt man neben den „Unabhängigen Nachrichten“, dem „Ostpreußenblatt“ und der „Jungen Freiheit“ auch explizit die „Deutsche Stimme“ als Lektüre ans Herz. Eigene Beiträge beschäftigen sich unter anderem mit dem Schicksal von Russlanddeutschen und Kosaken in der früheren Sowjetunion, der Art der Thematisierung von Russlanddeutschen in den deutschen Medien oder einem Projekt, das die Ansiedlung von Russlanddeutschen im ehemaligen Ostpreußen zum Ziel hat.

Zu diesen „volksdeutschen“ Aktivitäten passt ein im August veröffentlichter Aufruf der NPD „An alle deutschen Brüder und Schwestern aus Russland!“, die im „Lande unserer gemeinsamen Väter willkommen“ seien. Beklagt wird, dass die Volksgenossen aus dem Osten gar „als böse Russen, Diebe, Mafiosos oder gar Nachfahren eines deutschen Schäferhundes bezeichnet“ würden. Die NPD fordert die zugereisten Brüder und Schwestern auf: „Kommt zu uns und kämpft mit uns zusammen für ein Deutschland, das wieder so wird, wie es unsere Väter einst kannten“. *Sebastian Dittrich*

Ausland**Der „Kosher“-Nazi****Neonazi hat ein Problem in der Szene**

David Bridges heißt legal Davis Wolfgang Hawke und ist der ehemalige Kopf der rechtsextremen Knights of Freedom Nationalist Party (später: American Nationalist Party). Doch bevor Bridges/Hawke 1996 im Alter von 18 Jahren seinen Geburtsnamen ablegte, hieß er Andrew Britt Greenbaum. Nachdem Hawke – teilweise unter dem Namen Bo Decker – in den späten 90er Jahren als Student in South Carolina Hakenkreuzfahnen schwingend eine immer größere Gruppe von jungen Leuten um sich scharrte, implodierte 1999 die irrsinnige Scharade mit der Enthüllung, dass Hawke's Vater ein Jude aus Boston ist. Wie zu erwarten, distanzierten sich die rechten „Kameraden“ sofort von dem nun als „Kosher Nazi“ Geschmähten. Der kündigte trotzdem wenig später seine Rückkehr in die Politik an, wofür er aber „eine Menge Geld“ brauche.

Was macht ein ehemaliger Führer der American Nationalist Party, um Geld aufzutreiben? Er wendet sich beispielsweise der Vermarktung von Penisvergrößerungspillen mit dem Namen Pinnacle“ (Gipfel) sowie einer Reihe anderer zweifelhafter Produkte wie Wachstumshormone zu. Dies alles geht per so genannte Spam-E-Mails vonstatten, die unaufgefordert in großer Menge an Adressaten verschickt werden. Hawke's Spam-Unternehmen „Quiksilver Enterprises“ und „Amazing Internet Products“ scheinen nette Profite zu erwirtschaften. Die ersten Fingerübungen unternahm Hawke, als er noch Teil der amerikanischen „White Power“-Bewegung war. Im Mai 1999 hatte der Rechtsextremist die ANP-Webseite vollkommen überarbeitet und mit www.knifed.com den ersten Ausgangspunkt seiner späteren Spam-Aktivitäten unter falschem Namen registriert. Um seine virtuellen Spuren zu verwischen, benutzte der Möchtegern-Führer fiktive Namen, um Dutzende von Webseiten als Geschäftsplattformen nutzen zu können.

Mark Potok, Chefredakteur des „Intelligence Report“ des Southern Poverty Law Center glaubt nicht, dass Hawke wieder politisch bei der extremen Rechten aktiv werden könnte. Nach Potok's Einschätzung würde der hier „keine fünf Minuten“ überleben, da ein jüdischer Vater in der Szene ein „unüberbrückbares Problem“ sei. *Thomas Grumke*

Bücherschau

Dunkle Mächte**Die Irrationalität des NS-Black-Metal.**

Wohin kann eine misanthropische Grundstimmung und eine „natürliche“ Feindschaft dem Christentum gegenüber führen? Bei einem Teil der Fans und Stars des Black Metal beispielsweise zu nationalistischen Ansichten. So folgten Anfang der 90er Jahre in Norwegen Anhänger jener Musikszene einem ideologischen Patchwork aus Okkultismus, Satanismus und nordischer Mythologie. Später brannten Kirchen, wurden Friedhöfe geschändet und Morde begangen. Heute gibt es weltweit rechtsradikale Kleinzellen der NS-Black-Metal-Szene.

„Lords Of Chaos“ zeichnet die Geschichte des aus dem Heavy Metal entstandenen Black Metal und speziell die der internationalen NS-Abspaltungen nach. Die beiden Autoren Michael Moynihan (Portland, Oregon) und sein Co-Autor (S. 7) Didrik Söderlind (Oslo) haben allerdings kein Sachbuch geschrieben. Vielmehr stellen sie anhand einer Mischung aus detailliertem Bericht und langen Interviewpassagen mit den zum Teil inhaftierten Musikern dar, wie aus einer rebellischen Jugendbewegung ein aggressiver Gegenpool zur modernen, christlich-humanistischen Gesellschaft wurde.

Schwerpunkt der Arbeit ist dabei Norwegen, wo die Autoren die Keimzelle der Radikalisierung rund um die Bands „Mayhem“ und „Burzum“ sehen. Hier entstanden „Schwarze Zirkel“, aus denen heraus schwere Straftaten (s. oben) begangen wurden. Täter waren die Anhänger des düsteren, oft rasant schnell gespielten und durch den kehligen Grunz- oder Kreischgesang geprägten Musikstil. Sie sahen und sehen sich als Nachfolger kämpferischer Germanen und Politikämpfer, kleide(te)n sich düster und schmink(t)en ihre Gesichter – ihr „Corpsepaint“ erinnert an Totenmasken.

Die deutsche Übersetzung des Buches – das Original wurde 1998 publiziert, viele Interviews wurden 1995 geführt – ist aktualisiert und erweitert worden. Neu sind etwa Passagen zum „Satansmord“ im thüringischen Sondershausen rund um die Band „Absurd“ und den Rechtsextremisten Hendrik Möbus. Diesen lässt der Autor Moynihan in seiner fragwürdigen Funktion als Dokumentator im Interview sein Mordopfer verhöhnen.

Der Mörder, „Burzum“-Musiker und führende Kopf des NS-Black-Metal-Szene, Varg Vikernes, referiert an anderer Stelle Verschwörungstheorien im Gerichtsprozess gegen ihn: „Wie die Psychiater, die mich untersuchten; einer war Jude und der andere Freimaurer! Ein anderer war Kommunist. Mein Rechtsanwalt ist schwul. Der andere Anwalt war Freimaurer. Der einzige christliche Geistheiler in Norwegen war unter den Geschworenen!“ (S. 162) Später konkretisiert derselbe, dass das „jüdische Implantat namens Christentum“ (S. 178) etwas wahrhaft Böses sei.

Der Autor Moynihan kommentiert derlei kaum, merkt indes später an einer bezeichnenden Stelle an: „Dass (Vidkun) Quislings Organisation Nasjonal Samling (Nationale Union) die Entfaltung der altnordischen Religion tatkräftig unterstützt habe, ist jedoch irrig“ (S. 184). Auffallend nebensächlich korrigiert Moynihan damit „Vikernes' Behauptung“ (sic!) über den norwegischen Nazikollaborateur zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs.

Das ist sicherlich kein Versehen: Michael Moynihan vertritt nämlich selbst revisionistische, ultrarechte, völkisch-esoterische und heidnische Ansichten und unterhält Kontakte zu solchen Zirkeln. Moynihan ist etwa der Kopf von „Blood Axis“, einer bekannten Musikgruppe der rechtslastigen Dark-Wave-Szene. Er ist Verleger und Publizist für rechtsgerichtete Schriften und hat eine Vorliebe für Männer wie den SS-Brigadeführer Karl Maria Willigut oder den Antisemiten und Ariosophen Lanz von Liebenfels. Für seinen deutschen Verlag gilt Moynihan indes nur „aufgrund seiner Beschäftigung mit kulturellen, musikalischen und weltanschaulichen Extremen (...) als umstrittene Persönlichkeit“, wie es in der Autorenangabe (S. 413) über ihn heißt.

„Lords of Chaos“ ist ein irritierendes Buch. Und dennoch spiegelt es in seiner Authentizität die Irrationalität des NS-Black-Metal wider. Kritischen Lesern hilft es schlüssig zu begreifen, warum sich jene Musikrichtung so radikalisierte. Indes drängt sich ebenso der Verdacht auf, dass Moynihan unter dem Deckmantel des unparteiischen Journalismus eine Propagandaschrift über die „Schöpfung einer wahrhaft urwüchsigen Kraft: Black Metal“ (s. S. 10) verfasst hat. *Michael Klarmann*

Michael Moynihan/Didrik Söderlind, Lords Of Chaos. Satanischer Metal: Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund, (Prophecy Productions) Zeltigen-Rachting 2002, 420 Seiten, Preis 20 EUR.

Bücherschau**Ein breites Spektrum****14. Jahrbuch Extremismus & Demokratie**

Ungeachtet der von den Herausgebern wohl unvermeidbaren Kritik an angeblich zu wenig Aufmerksamkeit für den Linksextremismus ist das Jahrbuch wieder lesenswert. Uwe Backes und Eckhard Jesse stellen fest, dass weder von der linken noch von der rechten Variante des Extremismus in Deutschland eine existenzielle Gefahr ausgeht (was durch die vereitelten Anschläge von Neonazis von München allerdings widerlegt wird). Die Aussage zur derzeitigen Gefahrenlage belegen die Herausgeber durch ihre Analysen der Wahlen und Organisationen 2001. Solche Rückblicke sind hilfreich, auch wenn sie hinter der Aktualität der Verfassungsberichte sicher (bewusst) zurückstehen. Zur Hamburger Wahl 2001 findet sich im Jahrbuch die kuriose Aussage: „Die Rechts- und Linksaußenparteien hatten es da schwerer, da es der populistischen, jedoch demokratischen (Hervorhebung d.d. Verf.) Partei des Amtsrichters ... Schill gelungen war, sensationell viele Stimmen auf sich zu ziehen“ (S. 88). Dazu heißt es ferner noch, es sei in erster Linie Schill zuzurechnen, „dass die früher rechtsextrem, bürgerlichen Protest oder überhaupt nicht Wählenden in den demokratischen ‘Verfassungsbogen’ zurückgeholt werden konnten“ (S. 89, FN 18). Man ist geneigt, auf eine solche Aussage den Vorwurf der Verfasser (S. 9) von „mangelnder, antiextremistischer Orientierung“ in Teilen der Forschung zu beziehen. Dies gilt umso mehr, als die meisten der Autoren des Jahrbuchs keine oder wenig Mühe haben, die PDS als linksextremistisch zu kategorisieren.

Ins Politiktheoretische führt die Analyse von Harald Bergsdorf, der versucht, die Tauglichkeit des in der Tat immer wieder diskutierten Extremismusbegriffs in einem Vergleich von REP und PDS zu validieren. Dazu wird der Auftritt beider Parteien in unterschiedlichen Politikbereichen an Hand von Beispielen dargestellt. Das „Ergebnis“, „PDS und REP sind ungleiche Geschwister, die einander ähneln, sich aber auch deutlich unterscheiden“ (S. 80), führt in der Auseinandersetzung kaum weiter und wirkt eher naiv und gelegentlich leichtfüßig, zumal die verwendeten Zitate, zumeist aus Verfassungsschutzberichten, nicht unbedingt generalisierende Aussagen stützen.

Eric Steinhauer beschreibt das fragwürdige Grundrechtsverständnis des nachkonziliaren Traditionalismus in Deutschland und weist auf dessen Rezeption etwa in „Criticón“ oder „Junge Freiheit“ (JF) hin. Letzterer ist eine gründliche Analyse gewidmet (Matthias Weber). Der Autor anerkennt deren schrittweise Abwendung von Vertretern der Konservativen Revolution oder den Wandel im Verhältnis zur NS-Zeit. Die Einbeziehung kontroverser, bei extremen Parteien üblichen Themen verstehe die JF als das ihrer Gründung zugrunde gelegte Ziel, breit am politischen Diskurs teilzunehmen. Exemplarisch wird die Argumentationsweise der JF am Umgang mit den terroristischen Anschlägen am 11. September 2001 dargestellt. Im Ergebnis stellt der Verfasser „Überschneidungen mit in der rechtsextremistischen Publizistik üblichen revisionistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Argumentationsmustern fest...“. Im Einsatz renommierter Interviewpartner – vielfach über ideologisch nicht einsetzbare Themen – sieht er nur wenig Chancen für einen Gewinn an Akzeptanz für Grundpositionen der JF. Gleichwohl düften diese vielfach kritiklosen Öffnungen von Vertretern aller Parteien oder Prominenten für die JF eine Aufwertung zum Ausdruck bringen.

Unter den Einzelberichten ist die Biographie des Pressemoguls Gerhard Frey hervorzuheben. Die persönliche und geschäftliche Entwicklung ist gründlich recherchiert, was vermisst wird, ist die detaillierte Analyse der geschäftlichen Masche, sind Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg. Bemerkenswert ist auch die kontroverse Rezension zur „68er Revolte“ (Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution), deren fünf Autorinnen und Autoren gerade wegen ihrer unterschiedlichen Zugänge lesenswerte Kurzbewertungen zu Papier gebracht haben. Prägnant kennzeichnet Brigitte Seebacher-Brandt die (von Konservativen gern geleugnete) Wirkung der 68er-Bewegung als „katalytisch und retardierend“.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des deutschen Extremismus legen die Autoren diesmal einen Schwerpunkt auf den Islamismus (Backes/Jesse; Bassam Tibi, ferner Literaturbericht Backes) und die Wirkungen des 11. September 2001; ob der Begriff des „Schurkenstaates“ (Wilfried v. Bedow) für eine wissenschaftliche Diskussion taugt, sollte allerdings geprüft werden. *Klaus-Henning Rosen*
Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 14. Jahrgang 2002, Baden-Baden 2003, 464 Seiten, 39,-- EUR.

Demokratische Initiativen

Kraft des Zuhörens

Dialogarbeit und Konfliktbewältigung

Die Stadt Osnabrück verleiht seit 1991 einen nach Erich Maria Remarque benannten Friedenspreis. Dass sie es in diesem Jahr doppelt tat, um gleichzeitig einen Palästinenser, den Dichter Mahmud Darwish, und einen Israeli, den Psychologie-Professor Dan Bar-On, zu ehren, ist bemerkenswert. „Beide haben ihr Werk auf eindrucksvolle Weise den humanitären Folgen von Unterdrückung und Gewalt gewidmet“, heißt es in der Begründung. Der 1941 im palästinensischen Barwa geborene Darwish gilt als der wichtigste arabische Gegenwartautor. Er appelliert mit seiner Dichtung an die Landsleute und das jüdische Volk, die Poesie als Hoffnung zu betrachten, dass es gelingen wird, „das Massaker zu beenden“.

Dan Bar-On erblickte 1938 in Haifa das Licht der Welt. Seine Eltern stammten aus Hamburg. Er ist an der Ben-Gurion-Universität in Beer-Sheva tätig und wurde bekannt, als er Mitte der 80er Jahre als erster israelischer Wissenschaftler begann, Kinder von NS-Tätern in Deutschland zu interviewen, um die moralischen und psychologischen Auswirkungen des Holocaust auch bei ihnen zu untersuchen. Über die Ergebnisse seiner Studien, mit denen er psychologisches Neuland betrat, veröffentlichte er das Buch „Die Last des Schweigens“, das zuerst auf Englisch, dann Deutsch und erst neun Jahre später auf Hebräisch erschien. Dan Bar-On nähert sich den „Täterkindern“, die inzwischen längst erwachsen sind, diskret, zurückhaltend und bei aller Betroffenheit verstehend, um sie zum Sprechen und zur Selbsterkenntnis zu führen.

Die Interviewten könnte man sich unterschiedlicher kaum vorstellen. Da ist der Heydrich-Neffe Thomas, der einzige ohne Pseudonym. Er ist Schauspieler geworden und tritt auch auf der Bühne mit seinem Namen auf, obwohl er schon früh die Untaten seines Onkels verurteilt hatte, den der Vater trotz allem brüderlich liebte. Da ist der Sohn eines hohen SS-Führers, der zum Judentum konvertierte und jetzt als orthodoxer Rabbiner in Jerusalem lebt. Da ist die ukrainische Jüdin, die als Kind bei ihrer nichtjüdischen Großmutter versteckt den Holocaust im Gegensatz zu den meisten Angehörigen überlebte, nach Israel ging und in einem Kibbuz

aufwuchs. Gesprächspartner ist nicht sie, sondern der Mann, den sie später heiratete – der Sohn des hingerichteten Gestapo-Chefs von Braunschweig.

Bar-On geht es in den Interviews um ganz anderes als Sensationen. Im Vorwort sagt er: „In bestimmten gesellschaftlichen Kontexten kann das Geschichtenerzählen dem Erzähler helfen, einige Aspekte seiner traumatischen Vergangenheit durchzuarbeiten, insbesondere, wenn ihm eine Person, von der anderen Seite zuhört ... Geschichtenerzählen im Dienst von Friedensarbeit (peace building) und Koexistenz wurde zu einem meiner Hauptinteressengebiete...“ Der Gegensatz zur Last des Schweigens und der Verdrängung, von der die meisten Interviews ausgehen, ist die Kraft des Sprechens und Zuhörens.

Auf der Grundlage der Arbeit Bar-Ons entstand die Gruppe TRT (To Reflect and Trust / Nachdenken und Vertrauen), ursprünglich Kinder deutscher Nazi-Täter und Nachfahren von Holocaust-Überlebenden, die unter seiner Leitung die deutsch-jüdische Verständigungsarbeit auf aktuelle politische Konflikte wie Nordirland, Südafrika und vor allem Israel-Palästina ausweitete.

Als Bar-On gemeinsam mit dem palästinensischen Professor Sami Adwan in Beit Jala das Peace Research Institute of the Middle East gründete, wurde der Prozess des Geschichtenerzählens auf ein gemeinsames israelisch-palästinensisches Schulbuch übertragen, in dem zwei parallele Texte jedes Hauptereignis in der Geschichte des Konflikts darstellen. Neben Übereinstimmungen zwischen den deutsch-jüdischen Dialogen und den Gesprächen aktueller Konfliktgruppen gibt es viele markante Unterschiede. „Die Gruppen setzten sich nun auch aus Parteien zusammen“, konstatiert Bar-On, „die selber Teil des Konflikts waren, manchmal als Opfer, gefoltert und misshandelt, oder als Täter, bombend und gewalttätig. Es gab keinen physischen Abstand zwischen ihnen ... weil noch immer Gewalt herrschte oder diese gerade erst beendet worden war.“ Er verweist auf die Notwendigkeit der Koordinierung von Friedensschritten von oben mit Schritten zur psychosozialen Aussöhnung von unten. Der Edition Körber-Stiftung ist zu danken, dass sie eine erweiterte Neuauflage des Buches „Die Last des Schweigens“ besorgte. *Ralf Bachmann*
Dan Bar-On, Die Last des Schweigens – Gespräche mit Kindern von NS-Tätern, Erweiterte Neuauflage, Hamburg 2003 (Edition Körber-Stiftung), ISBN 3-89684-038-X, 340 Seiten, 14,-- EUR.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Der Prozess gegen den Ströbele-Attentäter Bendix Wendt wird nach Mitteilung des Justizsprechers Björn Retzlaff voraussichtlich im November vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten verhandelt. Wendt muss sich wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Der einschlägig bekannte 36-jährige Berliner Neonazi schlug den Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele im September vergangenen Jahres mit einer Eisenstange brutal auf den Kopf. Wendt, vorbestraft unter anderem wegen illegalen Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, ist seit langen Jahren in der neonazistischen Szene aktiv und gehörte unter anderem der 1991 verbotenen Organisation Nationale Alternative an. Ströbele bezeichnete es als „außergewöhnlich“, dass es bis zum Prozess so lange dauere.

■ **Bochum/Berlin** – „Wahrheit – Klarheit – Offenheit“ wollen per „Klick gegen die Mediendiktatur“ die „Unabhängigen Nachrichten“ (Postfachadresse in Bochum) liefern. Solche Anzeigen sind in jüngster Zeit mehrfach in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ geschaltet worden. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge leugnen die „Unabhängigen Nachrichten“ die Kriegsschuld Deutschlands, verunglimpfen die freiheitlich demokratische Grundordnung und prangern die angeblich fortdauernde „Umerziehung“ der Deutschen durch die „alliierten Siegermächte“ an. Unter den Autoren der fremdenfeindlichen und antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ sind laut Verfassungsschutz auch „bekannte oder ehemals aktive Neonazis“.

■ **Bühl** – Der im Schwarzwaldstädtchen Bühl lebende Heinrich Kirrwald (Jg. 1932) hat sich in einem Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft in Berlin darüber beschwert, dass sich Bundespräsident Rau in Israel „wegen angeblicher Opfer von unvorstellbarer Zahl im Namen Deutschlands entschuldigte.“ Kirrwald sieht dazu keinen Anlass, „weil die Zionisten mehr als 310 Mio. weiße Christen töteten.“ Kirrwald, einst baden-württembergischer Landesvorsitzender der Partei Die Mündigen Bürger, lieferte Ende der 80er Jahre bundesweite Schlagzeilen: „Rechtsradikale planen Kolonie in Paraguay“ meldete der Pressedienst „epd“. Kopf des „Arbeitskreises Lateinamerika“, der Kontakte

zu Paraguays ehemaligem Diktator Stroessner pflegte, war und ist Heinrich Kirrwald.

■ **Cottbus/Hoyerswerda** – Eine Doppeldemonstration unter dem Motto „Deutsch bleibt das Land! Kein deutsches Geld für Polen, Tschechen & Co.“ soll am 13. Dezember in Cottbus und Hoyerswerda stattfinden. Veranstalter („Die Demonstrationen sind räumlich und zeitlich so gelegt, dass eine Teilnahme an beiden Versammlungen ... ausdrücklich erwünscht, beabsichtigt und vorgesehen“ ist) sind der Freie Nationalist Christian Worch (Hamburg) und Lars Käßler (Neckarwestheim), Vorsitzender der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG). Als Redner sind neben Worch und Käßler der Ex-NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert, Gordon Reinholz vom „Märkischen Heimatdienst“ und der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub vorgesehen.

■ **Dieburg** – Der im hessischen Dieburg inhaftierte Rechtsextremist Manfred Roeder ruft in seinem Rundbrief seinen Kameradenkreis zum Widerstand gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf: „Dieses Unrecht, das man uns 1945 angetan hat, kann man nicht am Wochenende oder nach Feierabend beseitigen. Es erfordert den ganzen Menschen, den ganzen Einsatz, dem er alles andere unterordnet. Aufrufe, Appelle, Unterschriftensammlungen nützen überhaupt nichts, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden ... Ich bin im Gefängnis, weil ich Deutschland von korrupten Nutznießern befreien will ... Wo sind endlich die Männer und Frauen, die sich alle an meine Seite stellen und der verbrecherischen Meinungsunterdrückung die Stirn bieten?“

■ **Elmstein** – Der Elmsteiner Hof (Kreis Bad Dürkheim, Rheinland-Pfalz) steht unter Zwangsverwaltung. Dies berichtete jüngst die lokale „Mittelhaardter Rundschau“. Die Immobilie steht seit dem Brand vom 4. Oktober des vergangenen Jahres leer. Direkt nach der Brandstiftung, die einen Schaden von 100 000 Euro verursachte, war die Eigentümerin noch davon überzeugt, dass die rheinland-pfälzische NPD um Sascha Wagner das Anwesen kaufen würde. Doch wurden in der ehemaligen Ausflugsgaststätte seit dem Brand (BnR 23/02) keine Aktivitäten der NPD mehr durchgeführt. Die polizeilichen Ermittlungen wegen Brandstiftung dauern an.

■ **Estenfeld** – Der Würzburger Uwe Meenen, einer der Führungsköpfe des antisemitischen Deutschen

Kollegs, ist neuer NPD-Bezirksvorsitzender in Unterfranken. Zu seinen Stellvertretern wurden auf dem NPD-Bezirksparteitag am 31. August in Estenfeld Hans Schiefer und Klaus Mathes gewählt. Pressesprecher wurde Christian Barth, Beisitzer sind unter anderem Siegfried Höhne und Simone Keil. Mit dem Konzept der „raumgebundenen Volkswirtschaft“ will der neue NPD-Bezirksvorsitzende Meenen, vormals Gründungs- und Vorstandsmitglied des neonazistischen Bund Frankenland, in den kommenden Monaten an die Öffentlichkeit treten.

■ **Helmstedt** – Der 39. ordentliche Landesparteitag des NPD-Landesverbandes Niedersachsen hat den Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter wurden Adolf Dammann, Friedrich Preuß und Manfred Börm. Wieder gewählt in den Landesvorstand wurden Andreas Börder, Fritz Ulrich Bundt, Malte Holzer und Stefan Pfungsten. Neu im Vorstand sind Roland Richter, Kurt Günther, Martin Gotthardt und Ulrich Plate. Nicht mehr für den Vorstand kandidierten Horst Nolte und Hans-Michael Fiedler.

■ **Inning** – In der aktuellen Ausgabe der zweimonatlich bei der Verlagsgesellschaft Berg (VGB) erscheinenden „Deutschen Geschichte“ wird die Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, das 2002 bei VGB erschienene Buch „Freiheit, Freiheit über alles...“ des Antisemiten Wolfgang Frenz nicht aus dem Verkehr zu ziehen, gefeiert. Das Bundesministerium für Familie, Gesundheit und Soziales hatte im Frühjahr 2003 beantragt, das Frenz-Buch auf den Index zu setzen. Dem Redaktionsbeirat der „Deutschen Geschichte“ gehören Volker Biek, Yves Caron, Alfred Keck, Hannsjoachim Koch, Hans Meiser und Olaf Rose an, Herausgeber ist Gert Sudholt.

■ **Jena** – Das Verfahren gegen die flüchtigen Jenaer Bombenbastler Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe, die dem direkten Umfeld der Neonazi-Gruppierung Thüringer Heimatschutz (THS) angehörten, wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil die Verjährungsfrist abgelaufen ist. Im Januar 1998 hatte die Polizei bei den bislang vergeblich mit Haftbefehl Gesuchten vier funktionsfähige Rohrbomben und TNT sicher gestellt. Die drei Genannten sollen auch an der Herstellung weiterer selbst gefertigter Sprengkörper beteiligt gewesen sein, die zwischen Oktober 1996 und Dezember 1997 im Raum Jena aufgefunden worden waren. Ein vierter Kamerad der Gruppe jagte sich beim Hantieren mit Sprengstoff selbst in die Luft.

Den Neonazis hatte die Band „Eichenlaub“ ein Lied mit dem Titel „Warum“ gewidmet.

■ **München** – Im CSU-nahen „Bayernkurier“ (36/2003) schreibt der „Junge Freiheit“-Autor Philip Plickert (Arminia-Rhenania München) in agitatorischer Weise über die bevorstehende Fachtagung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zur Neuen Rechten am 8. Oktober. Der Artikel ähnelt verblüffend einem denunziatorischen Text von Sebastian Prinz (Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn 2000), der im Internet kursiert. Mehreren der Referenten und einem Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes werden in dem Schmähartikel „linksextreme Bestrebungen“ unterstellt. Plickert war 1998 Mitglied der bayrischen Jungen Freiheitlichen, der Jugendorganisation des rechtslastigen Bund Freier Bürger. Beiträge von Plickert finden sich in rechten Zeitschriften wie „Criticon“ und „Gegengift“. In der Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ lobte Plickert im Jahr 2000 das „Talent“ der rechtsextremen Burschenschaft Danubia, „mit ungewöhnlichen politischen Aktionen und Seminaren aus der konservativen Schmollecke herauszutreten und öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen.“

■ **Stuttgart** – Der Gründer und ehemalige Bundesvorsitzende der 1995 verbotenen FAP, Martin Pape, muss eine Geldstrafe wegen vier Artikeln in seiner Zeitung „Deutscher Standpunkt“ zahlen, die nach Ansicht des zuständigen Gerichts den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Die Monatszeitschrift „Deutscher Standpunkt“ hat nur wenige Abonnenten: 30 bis 40 sind es nach Angaben des Herausgebers, Autors und Dauerkandidaten Pape, der trotzdem monatlich 2000 Exemplare drucken lässt und sie in Briefkästen steckt oder am Bahnhof verteilt. In vier Ausgaben aus dem Jahre 2002 hatte die Staatsanwaltschaft jedoch volksverhetzende Inhalte ausgemacht. Schon im Juni war Martin Pape von einem Amtsgericht zu einer Strafe von 120 Tagessätzen zu je 30 Euro verurteilt worden, wogegen der 75-jährige Rentner Revision einlegte. Das Landgericht bestätigte aber das Amtsgerichtsurteil. Pape will weiter klagen und hofft nun auf den Europäischen Gerichtshof.

■ **Wölfersheim** – Wie die „Deutsche Stimme“ vom September berichtet, wurde auf Initiative des NPD-Präsidiumsmitgliedes Peter Marx und mit Unterstützung der NPD-Fraktion im Wetterauer Kreistag im hessischen Wölfersheim die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV) gegrün-

det. Die KPV soll als Dachorganisation für NPD-Abgeordnete in Städten und Gemeinden fungieren und diesen beratend, vor allem in Wahlkämpfen, zur Seite zu stehen. Unter dem Motto: „Über die Stadtparlamente und Kreistage in die Landtage und in den Bundestag“ will die NPD in Zukunft der Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit schenken. Obwohl die NPD nun augenscheinlich dem Kampf um die Parlamente wieder mehr Gewicht beilegt, ist es mehr als fraglich, ob die von einer überwiegenden Mehrheit der Deutschen als vollkommen unwählbar angesehene rechtsextreme Partei parlamentarisch Fuß fassen kann. Den sechsköpfigen Vorstand der KPV führt der Wetterauer Kreistagsabgeordnete Ralf Haschke an. Neben dessen Stellvertreter, dem Meißener Stadtrat Mirko Schmidt, gehören dem Vorstand Alfred Solf, Kreistagsabgeordneter in Darmstadt-Dieburg, Stadtrat Willibert Kunkel (Stolberg) und der Kreistagsabgeordnete Alfred Zutt (Lahn-Dill-Kreis) an.

Ausland

■ **Russland (Moskau)** – Viktor Anpilow, der Anführer der orthodoxen Gruppe Kommunistische Arbeiter Russlands zieht eigenen Angaben zufolge in Erwägung, bei den bevorstehenden Dumawahlen am 7. Dezember auf dem Ticket der chauvinistischen und nationalistischen Liberaldemokraten (LDPR) zu kandidieren. Der LDPR-Vorsitzende Wladimir Schirinowski habe ihm hiernach einen der drei ersten Listenplätze der Partei angeboten. Bislang hat sich das russische Justizministerium geweigert, Anpilows Gruppe als politische Partei zu registrieren, da diese eine Reihe gefälschter Unterschriften bei der Antragstellung eingereicht habe. Anpilow, der vergeblich auf ein Angebot eines vorderen Listenplatzes bei der Kommunistischen Partei gewartet hat, ist so auf die Hilfe einer anderen Partei angewiesen.

■ **USA (Falbroom, Kalifornien)** – Tom Metzger, rechtsextremer Veteran und Chef der von ihm gegründeten White Aryan Resistance (WAR), hat medienwirksam für die Gouverneurswahl in Kalifornien seine unwillkommene Unterstützung für den bisherigen Vizegouverneur, den Demokraten Cruz Bustamante erklärt. Metzger lobte Bustamante als „Separatist“ und verwies auf dessen umstrittene Mitgliedschaft in der quasi-rassistischen Organisation „Movimiento Estudiantil Chicano de Aztlan“ (MEChA), die sich für die „Befreiung“ des amerikanischen Südwestens von den amerikanischen Gringos ausspricht. Metzger hofft, dass unter Bu-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 20/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

stamante der Strom von mexikanischen Einwanderern so weit ansteigt, dass die „weiße“ Bevölkerung des Staates rebelliert. MEChA hält auch Kontakte zur Nation of Aztlan, die von der Anti-Defamation League wegen ihrer antisemitischen und homophoben Positionen als so genannte „Hass-Gruppe“ geführt wird. In einer Art ethnischen Querfrontstrategie will Tom Metzger nun ein Treffen mit Vertretern der Nation of Aztlan bewirken, da diese vor allem bei der „jüdischen Frage“ ähnliche Positionen hätten. Schon in der Vergangenheit hatte sich Metzger mit Gruppen wie den Black Panthers und dem Nation of Islam-Führer Louis Farrakhan getroffen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.